
Die Ängste der Bundesländer im Vergleich

Wiesbaden, 1. Oktober 2026. Bundesweit bereiten steigende Preise den Menschen die größten Sorgen. Beim Blick in die verschiedenen Regionen Deutschlands zeigen sich Unterschiede: In manchen Bundesländern stehen finanzielle Ängste stärker im Fokus, in anderen politische Themen.

Beim Angstniveau sind die Unterschiede in diesem Jahr auffällig groß. Am wenigsten Sorgen machen sich die Menschen in Thüringen. Hier beträgt der Durchschnitt aller abgefragten Ängste 21 Prozent. Besonders hoch ist das Angstniveau in Sachsen-Anhalt mit 47 Prozent.

Bitte beachten: Für die einzelnen Bundesländer sind die Zahlen nicht repräsentativ. Aufgrund der geringeren Fallzahlen kann eine gewisse Unschärfe auftreten. Wie in den Vorjahren wurden einige Bundesländer zusammengefasst, so dass sich insgesamt 13 Einzelbetrachtungen ergeben.

Baden-Württemberg

- In Baden-Württemberg hat sich das Angstniveau im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert (2026: 40 Prozent; 2025: 38 Prozent).
- Wirtschaftliche Themen bereiten den Menschen im Ländle die größten Sorgen: 67 Prozent fürchten sich vor steigenden Lebenshaltungskosten (Platz 1). Auf Platz 2 folgt die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen. Beide Ängste haben im Vergleich zu 2025 deutlich zugenommen. Nur bei den Menschen in Sachsen-Anhalt sind sie noch größer.
- Banger Blick auf die Wirtschaft im Autoland: Die Angst vor einer Rezession liegt bei 66 Prozent (Platz 3). Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein extremer Anstieg um 22 Prozentpunkte (2025: 41 Prozent). Damit ist die Furcht in Baden-Württemberg stärker ausgeprägt als im Rest von Deutschland (bundesweit: 51 Prozent).
- Auffällig viele Menschen fürchten, dass die Politik von ihren Aufgaben überfordert ist. Diese Angst ist von Platz 11 auf Platz 4 vorgerückt. In keiner anderen Region Deutschlands hat die Politik so deutlich an Vertrauen verloren (2026: 59 Prozent; 2025: 41 Prozent).
- Die Angst vor steigenden Arbeitslosenzahlen bewegt im Ländle mehr Menschen als in jedem anderen Bundesland: 45 Prozent fürchten, dass die Arbeitslosigkeit zunimmt (2025: 37 Prozent) – bundesweit sind es 32 Prozent.
- Überraschend: Vor einer Spaltung der Gesellschaft fürchten sich in Baden-Württemberg deutlich weniger Menschen als vor einem Jahr. Die Angst ist um 9 Prozentpunkte gesunken (2026: 34 Prozent) und belegt nur noch Platz 16 (2025: Platz 6).

Bayern

- Leichte Stimmungseintrübung in Bayern: Das Angstniveau ist auf 35 Prozent gestiegen (2025: 32 Prozent). Trotzdem liegt es noch unter dem Bundesdurchschnitt von 38 Prozent.
- Platz 1 belegt mit 59 Prozent die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten. Diese Angst ist in Bayern stärker gestiegen als jede andere (plus 14 Prozentpunkte).
- Wie im Vorjahr auf Platz 2: die Angst vor einer Überforderung des Staates durch Geflüchtete (53 Prozent).
- Auf Platz 3 folgt mit 53 Prozent die Sorge, dass die Steuern erhöht oder Leistungen gekürzt werden. Auch diese Furcht ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (2025: 45 Prozent).
- Steht Deutschland vor einer Rezession? Die Angst vor einer schlechteren Wirtschaftslage hat stark zugenommen (2026: 49 Prozent; 2025: 37 Prozent) und belegt jetzt Platz 4.
- Kritischer Blick in die USA: Insgesamt 44 Prozent der Befragten in Bayern fürchten die Folgen der Trump-Politik. Im Vergleich zu 2025 ist diese Angst aber stärker zurückgegangen als jede andere in Bayern und wurde von Platz 1 im Vorjahr auf Platz 8 verdrängt.
- Bemerkenswert: In keinem anderen westdeutschen Bundesland fürchten so wenig Menschen wie in Bayern, dass Wohnraum unbezahlbar wird (44 Prozent).

Berlin

- Angespannte Stimmung in der Hauptstadt: Das Angstniveau liegt hier bei 42 Prozent und damit deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 38 Prozent.
- Spannend: Nur in Berlin belegt die Angst vor einer Überforderung der Politik Platz 1 (61 Prozent). Damit haben die Politikerinnen und Politiker deutlich an Vertrauen eingebüßt. 2025 lag die Sorge noch bei 51 Prozent.
- Finanzielle Themen bereiten den Berlinern ebenfalls große Sorgen: Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten belegt Platz 2 (60 Prozent). Auf Platz 3 folgt die Furcht vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen (56 Prozent).
- Knapper Wohnraum, hohe Preise und viel Konkurrenz bei der Wohnungssuche: 56 Prozent der Berliner fürchten, dass Wohnen unbezahlbar wird (Platz 4). Diese Angst ist in der Hauptstadt deutlich stärker ausgeprägt als im Rest der Republik (bundesweit: 50 Prozent).
- Auffällig: Mehr als die Hälfte der Berliner (51 Prozent) fürchtet einen Krieg mit deutscher Beteiligung (bundesweit: 34 Prozent). Nur in Sachsen-Anhalt ist diese Sorge noch stärker ausgeprägt.
- Neu in den Top Ten: Die Angst davor, im Alter pflegebedürftig zu werden, hat deutlich zugenommen und belegt Platz 7 (2026: 50 Prozent; 2025: 44 Prozent).

Brandenburg

- Entspannung in Brandenburg: Das Angstniveau ist spürbar zurückgegangen und liegt bei 42 Prozent (2025: 47 Prozent).
- Zwei finanzielle Themen bewegen die Menschen in Brandenburg besonders: Die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen belegt mit 64 Prozent Platz 1 (2025: 61 Prozent). Auf Platz 2 folgt die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten mit 64 Prozent (2025: 69 Prozent).
- Migrationssorgen gehen deutlich zurück: Die Angst vor einer Überforderung des Staates durch Geflüchtete liegt mit 60 Prozent auf Platz 3. Im Vorjahr war diese Sorge mit 70 Prozent noch viel größer. Auch die Furcht vor Spannungen durch den weiteren Zuzug aus dem Ausland hat spürbar abgenommen (2026: 55 Prozent; 2025: 63 Prozent).
- Besonders besorgter Blick in die USA: Vor den Folgen der Trump-Politik fürchten sich 57 Prozent der Befragten in Brandenburg (Platz 5). Noch größer ist die Angst in keinem anderen Bundesland (bundesweit: 45 Prozent).
- Spannend: Die Umweltängste sind in Brandenburg stärker ausgeprägt als im Rest der Republik. 44 Prozent der Befragten fürchten sich vor den Folgen des Klimawandels (bundesweit: 30 Prozent). 42 Prozent haben Angst, dass es häufiger zu Naturkatastrophen kommt (bundesweit: 27 Prozent).
- Spürbare Entspannung: Die Angst vor Schadstoffen in Nahrungsmitteln ist im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozentpunkte gesunken (2026: 36 Prozent).

Hessen

- In Hessen ist das Angstniveau gestiegen und liegt 2026 bei 36 Prozent (2025: 33 Prozent).
- Unverändert auf Platz 1: die Angst vor einem starken Anstieg der Lebenshaltungskosten (2026: 61 Prozent; 2025: 62 Prozent).
- Platz 2 belegt die Furcht, dass der Staat die Steuern erhöht oder Leistungen kürzt. Sie ist im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozentpunkte gestiegen (2026: 57 Prozent; 2025: 48 Prozent).
- Wenig Wohnraum, hohe Preise: Auf Platz 3 folgt mit 55 Prozent die Angst, dass Wohnraum unbezahlbar wird (2025: 60 Prozent).
- Auffällig: Die Furcht vor Spannungen durch den weiteren Zuzug aus dem Ausland liegt bei 52 Prozent (Platz 4) – ein extremer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (2025: 27 Prozent). Bundesweit macht das Thema 47 Prozent der Befragten Sorge. Die Angst vor einer Überforderung des Staates durch Geflüchtete steigt ebenfalls deutlich (2026: 46 Prozent; 2025: 32 Prozent). Trotz Anstieg liegt diese Furcht noch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 52 Prozent.

- Vor einer Spaltung der Gesellschaft fürchten sich deutlich mehr Hessen als noch vor einem Jahr (2026: 37 Prozent; 2025: 23 Prozent).
- Werde ich im Alter auf Pflege angewiesen sein? Droht mir eine schwere Krankheit? Diese persönlichen Sorgen landen in Hessen unter den Top Ten der Ängste (Platz 5 und Platz 7) und damit höher im Ranking als in allen anderen Bundesländern.

Mecklenburg-Vorpommern

- Optimistischer Blick in die Zukunft: In Mecklenburg-Vorpommern liegt das Angstniveau bei 33 Prozent – genau wie im Vorjahr. Die Menschen hier zählen zu den sorgenfreisten Deutschen.
- Wie schon im Vorjahr auf Platz 1: die Sorge, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert. Sie liegt bei 58 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahr etwas angestiegen (2025: 53 Prozent).
- Auffälliger Vertrauensverlust in die Politik: Die Angst, dass die Politikerinnen und Politiker von ihren Aufgaben überfordert sind, belegt mit 57 Prozent Platz 2 (2025: 46 Prozent).
- Auf Platz 3 und 4 folgen zwei finanzielle Sorgen: die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten und die Furcht, dass Wohnraum unbezahlbar wird. Beide liegen bei 51 Prozent und sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen.
- Breitet sich der politische Extremismus aus? Davor haben in Mecklenburg-Vorpommern 36 Prozent der Menschen Angst (Platz 10) und damit deutlich weniger als vor einem Jahr (2025: 48 Prozent).
- Außergewöhnlich entspannter Blick auf den Arbeitsplatz: Nur 5 Prozent der Menschen im Nordosten haben Angst, ihren Job zu verlieren. Bundesweit sind es 20 Prozent der Befragten.

Niedersachsen und Bremen

- Entspannung in Niedersachsen und Bremen: Die Menschen blicken etwas optimistischer in die Zukunft (2026: 37 Prozent; 2025: 40 Prozent).
- Finanzielle Themen bereiten den Menschen im Norden besondere Sorgen: Gleich vier finanzielle Ängste finden sich ganz oben im Ranking.
- Bemerkenswert: Nur in Niedersachsen und Bremen liegt die Angst vor einer Rezession auf Platz 1 (53 Prozent). 2025 rangierte sie noch mit 46 Prozent auf Platz 8.
- Auf Platz 2 folgt mit 51 Prozent die Angst, dass die Lebenshaltungskosten weiter steigen (bundesweit: 59 Prozent).
- Vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen fürchten sich im hohen Norden 47 Prozent der Befragten (Platz 3). Dass der Wohnraum unbezahlbar wird, macht ebenfalls 47 Prozent Angst (Platz 4).

- Auf Platz 5: die Furcht, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert (47 Prozent). 2025 lag diese Angst noch auf Platz 2 und bereitete jedem Zweiten Sorgen.
- Extrem gesunken ist die Angst, dass Deutschland sich an einem Krieg beteiligt. 31 Prozent der Menschen in Niedersachsen und Bremen fürchten sich davor (Platz 22). 2025 lag diese Sorge noch mit 51 Prozent auf Platz 1 – ein Rückgang um 20 Prozentpunkte.

Nordrhein-Westfalen

- Die Stimmung in Nordrhein-Westfalen hat sich deutlich aufgehellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das durchschnittliche Angstniveau um 4 Prozentpunkte gesunken (2026: 38 Prozent; 2025: 42 Prozent).
- Auf Platz 1: Steigende Lebenshaltungskosten bereiten den Menschen im Westen die größten Sorgen (62 Prozent). Damit ist diese Angst im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegen – um 7 Prozentpunkte. Wie im Vorjahr folgt auf Platz 2 die Angst, dass Wohnraum unbezahlbar wird (57 Prozent).
- Stark gestiegen ist die Furcht vor einer schlechteren Wirtschaftslage – auf 53 Prozent. 2025 zählte diese Angst mit 46 Prozent noch gar nicht zu den Top-Ten-Ängsten (2026: Platz 3; 2025: Platz 12).
- Auffällig groß ist die Angst vor politischem Extremismus: Mit 51 Prozent belegt sie in NRW Platz 4 – bundesweit liegt diese Sorge bei 41 Prozent.
- Deutliche Entspannung beim Blick auf die Weltpolitik: Die Angst vor einer deutschen Kriegsbeteiligung ist gesunken (2026: 38 Prozent; 2025: 54 Prozent). Auch die Politik von Donald Trump (50 Prozent) und die Machtzunahme autoritärer Herrscher (44 Prozent) haben im Westen an Bedeutung verloren.
- Einsamkeit ist im bevölkerungsreichsten Bundesland kaum ein Thema: Nur 13 Prozent fürchten sich vor ihr – weniger als in allen anderen Bundesländern (bundesweit: 22 Prozent).

Rheinland-Pfalz und Saarland

- Große Gelassenheit in Rheinland-Pfalz und dem Saarland: Hier ist das durchschnittliche Angstniveau mit 29 Prozent auffällig gering – obwohl es im Vergleich zum Vorjahr sogar etwas gestiegen ist (2025: 26 Prozent). Nur in Thüringen blicken die Menschen noch optimistischer in die Zukunft.
- Platz 1: Die größte Sorge bereitet den Menschen im Südwesten weiter steigende Lebenshaltungskosten (55 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat diese Angst deutlich zugenommen, da lag sie noch bei 45 Prozent.

- Deutlich gestiegen: Die Furcht vor einer schlechteren Wirtschaftslage liegt mit 47 Prozent auf Platz 2 – ein starker Anstieg um 15 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr (2025: 32 Prozent).
- Auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen blicken die Menschen im Südwesten besorgter als auf viele andere Themen. Jeder Dritte hat Angst vor einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland (2025: 18 Prozent). Diese Furcht liegt auf Platz 8 und damit ungewöhnlich weit vorne im Ranking – bundesweit belegt sie nur Platz 19.
- Von Platz 2 auf Platz 18: Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Rheinland-Pfalz und dem Saarland aus dem Fokus gerückt. Vor einem Jahr war das noch eines der angstbesetzten Themen, aktuell bereitet es nur noch 22 Prozent Sorgen (2025: 44 Prozent).
- Ungewöhnlich entspannte Sicht auf die Weltpolitik: Vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung fürchten sich im Südwesten nur 23 Prozent der Befragten (Platz 15). Dass autoritäre Herrscher immer mächtiger werden, bereitet ebenfalls 23 Prozent der Befragten große Sorgen (Platz 17). Die beiden Ängste sind geringer ausgeprägt als in allen anderen Bundesländern.

Sachsen

- Die Menschen in Sachsen blicken wieder optimistischer in die Zukunft. Das Angstniveau ist um 4 Prozentpunkte gesunken (2026: 36 Prozent; 2025: 40 Prozent).
- Bemerkenswert: Nur in Sachsen geht es bei den drei größten Ängsten um politische Themen. Alle drei sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen und spürbar größer als im Bundesdurchschnitt.
- Auf Platz 1 liegt mit 61 Prozent die Sorge, dass der Staat durch die Zahl der Geflüchteten überfordert ist (2025: 55 Prozent).
- Die Politik hat in Sachsen Vertrauen eingebüßt: Die Angst, dass die Politik von ihren Aufgaben überfordert ist, liegt mit 52 Prozent auf Platz 2 (2025: 49 Prozent).
- Platz 3: 52 Prozent der Befragten fürchten, dass es durch weiteren Zuzug aus dem Ausland zu Spannungen kommt (2025: 50 Prozent).
- Sprung in die Top Ten: Die Furcht vor einer Rezession ist stark gewachsen – und landet mit 48 Prozent auf Platz 5 (2025: 36 Prozent, Platz 15).
- Gegen den Trend: Deutlich gesunken ist die Angst vor Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen (2026: 50 Prozent; 2025: 58 Prozent). In fast allen anderen Bundesländern ist diese Sorge gestiegen.
- Auffällig: Die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten ist in Sachsen um 7 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt mit 44 Prozent auf Platz 6. So weit hinten platziert ist das Thema in keinem anderen Bundesland (bundesweit: Platz 1).

Sachsen-Anhalt

- In Sachsen-Anhalt leben die ängstlichsten Deutschen. Mit 47 Prozent ist das Angstniveau höher als in jedem anderen Bundesland (bundesweit: 38 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stimmung damit weiter verschlechtert (2025: 45 Prozent).
- Auf Platz 1 steht mit 71 Prozent die Sorge, dass der Staat durch die Zahl der Geflüchteten überfordert ist (2025: 64 Prozent). So groß ist diese Furcht nirgendwo sonst in Deutschland.
- Ungewöhnlich stark gestiegen: Vor steigenden Lebenshaltungskosten haben 70 Prozent der Befragten große Angst (Platz 2). Damit ist diese Sorge 20 Prozentpunkte größer als im Vorjahr (2025: 50 Prozent). Und sie ist stärker ausgeprägt als in allen anderen Bundesländern.
- 66 Prozent der Befragten befürchten, dass der Staat die Steuern erhöht oder Leistungen kürzt (Platz 3) – ein spürbarer Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (2025: 59 Prozent).
- Das Misstrauen in die Politik ist groß: 66 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt fürchten, dass die Politik von ihren Aufgaben überfordert ist (Platz 4). Damit ist diese Angst zwar etwas geringer als im Vorjahr (63 Prozent), aber immer noch deutlich stärker ausgeprägt als im Rest von Deutschland (bundesweit: 48 Prozent).
- Überraschend: Gut jeder Zweite in Sachsen-Anhalt fürchtet die Folgen von Künstlicher Intelligenz. Diese Angst liegt mit 51 Prozent auf Platz 9 (2025: 40 Prozent). Deutschlandweit teilt nur jeder dritte Befragte diese Sorge.

Schleswig-Holstein und Hamburg

- Im Norden breitet sich Pessimismus aus: In keiner anderen Region ist das Angstniveau so deutlich gestiegen (2026: 46 Prozent; 2025: 36 Prozent). Noch ängstlicher sind nur die Menschen in Sachsen-Anhalt.
- Auf Platz 1 steht mit 64 Prozent die Furcht, dass die Zahl der Geflüchteten den Staat überfordert. Sie ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gewachsen (2025: 49 Prozent).
- Deutlicher Vertrauensverlust in die Politik: 63 Prozent haben Angst, dass die Politikerinnen und Politiker von ihren Aufgaben überfordert sind (Platz 2). Das bedeutet einen Anstieg um 17 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr (2025: 46 Prozent).
- Vor weiter steigenden Lebenshaltungskosten fürchten sich 63 Prozent der Befragten (Platz 3). Auch diese Angst ist deutlich gewachsen (2025: 46 Prozent).
- Stärker ausgeprägt als im Rest der Republik: Die Sorge, dass es durch weiteren Zuzug aus dem Ausland zu Spannungen kommt, erreicht 63 Prozent und belegt Platz 4 (bundesweit: 47 Prozent).

- Knapper Wohnraum, hohe Preise und viel Konkurrenz bei der Wohnungssuche: 61 Prozent der Menschen in Hamburg und Schleswig-Holstein fürchten, dass Wohnen unbezahlbar wird (Platz 5). Nirgendwo sonst in Deutschland ist diese Angst so groß (bundesweit: 50 Prozent).
- Platz 7: 57 Prozent der Befragten befürchten, dass die Spaltung der Gesellschaft zunimmt und es zu Konflikten kommt. Bundesweit fürchten das 37 Prozent.

Thüringen

- Gute Nachrichten aus Thüringen: Hier herrscht mit 21 Prozent das niedrigste Angstniveau (bundesweit: 38 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stimmung in dem Bundesland noch einmal spürbar verbessert (2025: 26 Prozent).
- Auf Platz 1 steht in Thüringen die Angst vor höheren Steuern oder geringeren Leistungen mit 36 Prozent. Trotz Spitzenplatz ist das der niedrigste Wert in Deutschland (bundesweit: 53 Prozent).
- Die Furcht vor steigenden Lebenshaltungskosten liegt mit 31 Prozent auf Platz 2. Damit ist sie im Vergleich zum Vorjahr spürbar gesunken (2025: 36 Prozent). In keinem anderen Bundesland ist sie so gering (bundesweit: 59 Prozent).
- Auf Platz 3 folgt mit 30 Prozent die Angst vor Spannungen durch den weiteren Zuzug aus dem Ausland. Das ist ebenfalls der niedrigste Wert aller Regionen (bundesweit: 47 Prozent).
- Aufstieg in die Top-Ten-Ängste: Die Sorge vor einer schlechteren Wirtschaftslage liegt bei 27 Prozent und ist damit auf Platz 4 vorgerückt. Im Vorjahr standen in Thüringen andere Sorgen stärker im Fokus, die Furcht vor einer Rezession lag auf Platz 18.
- Bemerkenswert: Nur jeder fünfte Befragte in Thüringen befürchtet eine Spaltung der Gesellschaft (20 Prozent). Bundesweit ist diese Angst deutlich stärker ausgeprägt und liegt bei 37 Prozent.

Über die Studie

„Die Ängste der Deutschen“ ist die bundesweit einzige Umfrage, die sich inzwischen zum 35. Mal mit den Sorgen der Bevölkerung befasst. Seit 1992 werden in persönlichen Interviews rund 2.400 Männer und Frauen der deutschsprachigen Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahren nach ihren größten politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Ängsten befragt. Die repräsentative Untersuchung der R+V Versicherung findet jedes Jahr in drei Wellen statt – dieses Mal lief sie vom 11. Mai bis zum 29. Juli 2026. Die wichtigsten Ergebnisse der Ängste-Studie sind unter www.die-aengste-der-deutschen.de aufbereitet. Hier liegen auch Video- und Audiostatements zum Download.

Pressemitteilung Nr. 4183

Kontakt:

R+V Versicherung
c/o Arts & Others
06172 9022131
die-aengste-der-deutschen@arts-others.de

Texte, Grafiken, Video-
und Audiostatements
zum Download:

www.die-aengste-der-deutschen.de

